

15. Internationale Münchner Friedenskonferenz [17.-19.02.2017]: Kooperation und zivile Konfliktlösung statt militärischer Gewalt

Bericht von Marion Wittine, pax christi München & Freising, 28.02.2017

Die Internationale Münchner Friedenskonferenz, zu deren Veranstaltern auch der Münchner Diözesanverband der katholischen Friedensbewegung pax christi gehört, ist die inhaltliche Alternativveranstaltung zur gleichzeitig stattfindenden Münchner Sicherheitskonferenz. Seit 2003 werden bei der jährlich stattfindenden Konferenz Ansätze und Wege vorgestellt, wie Frieden durch Interessensausgleich und Kooperation erreicht werden kann, so auch bei der 15. Friedenskonferenz, die vom 17. bis 19. Februar 2017 in München stattfand.

I. Internationales Forum „Frieden und Gerechtigkeit gestalten – NEIN zum Krieg“ [Altes Rathaus, 17. Februar 2017]

1. Daniela Dahn: „Kooperation oder Konfrontation mit Russland?“

Geb. 1949 in Berlin, Vorsitzende des Willy-Brandt-Kreises und ehemaliges Gründungsmitglied der DDR-Oppositionsgruppe „Demokratischer Aufbruch“, Trägerin des Tucholsky-Preises.

Erste Rednerin des Abends war Daniela Dahn. Sie plädierte dezidiert für eine Kooperation mit Russland, statt der derzeitigen Konfrontation durch NATO und USA. Sie warf den westlichen Medien vor, die Konfrontation durch „antirussische Propaganda“ noch zu verschärfen. Allein das Pentagon verfüge über 27.000 Personen, die ausschließlich für Öffentlichkeitsarbeit zuständig sind. Am 7. Februar 2017 hat der amerikanische Auslandssender Radio Freies Europa einen neuen Nachrichtenkanal in russischer Sprache („Nastojaschtscheje Wremja“) lanciert.

Dahn erinnerte an Wladimir Putins offenen Brief an das amerikanische Volk, der am 11. September 2013 in der New York Times veröffentlicht wurde mit dem Titel: „Ein Aufruf aus Russland aus Russland – Was Putin den Amerikanern über Syrien sagen möchte“. Er warnt darin, dass „ein möglicher Angriff der Vereinigten Staaten gegen Syrien [...] zu mehr unschuldigen Opfern und zur Eskalation führen wird“. Von einem Bündnis unter Einbeziehung Russlands wolle die NATO jedoch nichts wissen, erläuterte Dahn. Die NATO setze auf eine verharmlosend „Abschreckung“ genannte existentielle Bedrohung Russlands.

Russland ist kein Gegensatz zu Europa, sondern sein Bestandteil, davon ist Dahn überzeugt. Europa verstümmelt sich mit der Absonderung von Russland – kulturell, ökonomisch, touristisch, menschlich. Wir sind verdammt, uns zu vertragen. Und das ist gut so – lautete das Fazit von Daniela Dahn.

2. Fabian Scheidler: „Risse in der Megamaschine. Systemisches Chaos und Wege zu einer gerechten Weltordnung“

Geb. 1968 in Bochum, Dramaturg und Theaterautor, Autor des Bestsellers „Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiternden Zivilisation“ (Top 10 der Zukunftsliteratur 2015)

Die Welt ist aus den Fugen – diesem Satz, den man bei der Münchner Sicherheitskonferenz oft hörte, stimmte der zweite Hauptredner des Abends, Fabian Scheidler, vorbehaltlos zu. Er führte dieses Chaos allerdings auf eine systemische Krise zurück, wie er in seinem Bestseller „Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiternden Zivilisation“ ausführt. Scheidler schildert darin die Vorgeschichte und Genese des modernen Weltsystems, das Mensch und Natur einer radikalen Ausbeutung unterwirft. Dabei demontiert er Fortschrittsmythen der westlichen Zivilisation und zeigt, wie die Logik der endlosen Geldvermehrung von Anfang an menschliche Gesellschaften und Ökosysteme zerrüttet hat.

In seinem Referat warf er Schlaglichter auf einige kommende Bedrohungen. Das Klima in weiten Teilen des Nahen Ostens und Nordafrikas könnte sich in den kommenden Jahrzehnten so verändern, dass es nahezu lebensfeindlich wird, dadurch würde auch die Zahl der Klimaflüchtlinge dramatisch steigen. Die Weltwirtschaft sei in der Krise, bekräftigte der Dramaturg und Theaterautor Scheidler. Der Reichtum liege in den Händen einiger weniger, die so viel besitzen, wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen. Die Vormachtsstellung der USA gehöre inzwischen der Vergangenheit an. Aus all dem wird gefolgert, dass die liberale Weltordnung in Gefahr sei. Scheidler zeigte auf, dass die liberale Weltordnung für die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, für jene Staaten in Afrika und im Nahen Osten, die von Kolonisation betroffen waren oder deren Machthaber vom Westen gesponsert wurden, bzw. für die mehr als 60 Millionen Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, vor allem Chaos und Unfreiheit gebracht hat.

Die wachsende Instabilität und der absehbare Niedergang der globalen „Megamaschine“ eröffnen heute aber auch Möglichkeiten für tiefgreifende Veränderungen, so Scheidler. Auf dem Weg zu einer postkapitalistischen Ökonomie müsse man sich von der Vorstellung, aus Geld immer mehr Geld machen zu können, verabschieden. Der Zerfall komplexer, hierarchischer Gesellschaftssysteme könne für manche auch ein Befreiungsschlag sein. Voraussetzung für das neue Gemeinwohl sei allerdings die Abwesenheit von Krieg. Die Rolle Europas sah Scheidler am Scheideweg: entweder man entscheidet sich für die tödliche Option und gibt für Rüstung noch mehr aus – 2014 hatten die NATO-Staaten vereinbart, ihre Militärausgaben innerhalb der folgenden zehn Jahre auf zwei Prozent des BIP anzuheben – oder Europa nimmt eine zivile Rolle ein und sucht neue Partnerschaften, z. B. in einem eurasisch-afrikanischen Bündnis.

Scheidler rief die Friedensbewegung dazu auf, sich mit Bewegungen für den Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu verbünden, um als breite Plattform gemeinsame Anliegen besser durchzusetzen.

3. Elsa Rassbach: „Gewaltfrei gegen Drohnenkrieg“

In den USA geboren und aufgewachsen, ihr Vater emigrierte 1938 aus Deutschland; Friedensaktivistin, Mitbegründerin der deutschen Anti-Drohnen-Kampagne und Vertreterin der US-Friedens- und Bürgerrechtsinitiative „Codepink – Frauen für den Frieden“ in Deutschland

Im weltweiten „Krieg gegen den Terrorismus“ benutzen die US-Streitkräfte und Geheimdienste Stützpunkte in Deutschland für Angriff mit Kampfdrohnen. Dazu gehören die Satelliten-Relaisstation der Ramstein Air Base und AFRICOM in Stuttgart, von wo aus ganz Afrika mit Drohnen-Basen besiedelt worden ist. Elsa Rassbach, die dritte Referentin des Abends, warf der deutschen Bundesregierung vor, rechtswidrige US-Einsätze zu dulden und bewaffnungsfähige Drohnen für die Bundeswehr anschaffen zu wollen. Mit Fotos und Videos zeigte die Filmemacherin und Journalistin, wie die US- und deutsche Friedensbewegungen gewaltfrei gegen den Einsatz von Kampfdrohnen protestieren und deren internationale Ächtung fordern. Als Mitbegründerin der deutschen Anti-Drohnen-Kampagne und Vertreterin der US-Friedens- und Bürgerrechtsinitiative „Codepink – Frauen für den Frieden“ in Deutschland hat sie selbst eine wesentliche Rolle dabei, die Kampagnen der Friedensbewegung in beiden Ländern zusammen zu bringen.

Bereits seit 2001 töten Drohnenpiloten von der US-Militärbasis Creech (Nevada) fast täglich Opfer in weit entfernten Ländern, bis 2008 wussten weder die Wähler in den USA noch die Weltöffentlichkeit davon. Erst durch Whistleblower wurden diese US-Drohnenkriege aufgedeckt, so Rassbach.

Der ehemalige US-Präsident Barack Obama weitete den Drohnenkrieg seines Vorgängers George W. Bush noch deutlich aus und dieser Kurs wird wohl auch unter Donald Trump fortgesetzt. Daher ist ein Protest von innerhalb der USA praktisch nicht möglich, so Rassbach. Sie appellierte an Europa und insbesondere an Deutschland ein starkes Signal zu setzen, dass hierzulande diese Waffe und diese Art der Kriegsführung nicht mehr akzeptiert werden.

II. Manifest "Schutz der Menschenrechte durch Prävention" – Mit Kirchen und Gewerkschaften im Gespräch [DGB-Haus, 18. Februar 2017]

Das Team der Internationalen Münchner Friedenskonferenz hat ein Manifest „Schutz der Menschenrechte durch Prävention“ (<http://www.friedenskonferenz.info/index.php?ID=50>) verfasst, das beim Gesprächsabend "Friedensethik - Friedenspolitik" am Samstag, 18. Februar im DGB-Haus mit Vertretern der evangelischen und katholischen Kirche sowie der Gewerkschaft diskutiert wurde.

Der Friedensbeauftragte der Evangelischen Landeskirche Baden, *Stefan Maaß*, erläuterte, dass die Denkschrift des Rates der EKD „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ (2007) aus Sicht der evangelischen Landeskirche Baden einige Widersprüche zur biblischen Botschaft von der Gewaltfreiheit enthält; das schriftliche Ergebnis eines zweijährigen Konsultationsprozesses ist ein Papier, das im Oktober 2013 von der Landessynode Baden verabschiedet wurde: „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens. Ein Diskussionsbeitrag aus der Evangelischen Kirche in Baden“.

Im Hinblick auf die Unterstützung der evangelischen Kirche auf Bundesebene, also der EKD, für das Münchner Manifest „Schutz der Menschenrechte durch Prävention – Nein zum Krieg“ berichtete Maaß, dass die EKD sicher vorbehaltlos die Punkte „Stärkung der UNO und OSZE“, sowie „Präventive Politik und Diplomatie“ bzw. „Nachhaltige Wirtschaftspolitik“ mitträgt. Beim Thema „Rüstungsexporte stoppen“ erinnerte Maaß daran, dass die Denkschrift von 2007 zwar Rüstungsexporte kritisiert, aber nicht grundsätzlich ablehnt. Er wies außerdem darauf hin, dass in der EKD-Denkschrift noch von „rechtserhaltender Gewalt“ die Rede ist. Zum Thema „Sicherheitskräfte der UN“ teilte Maaß mit, dass seine Landeskirche eine Studie zu „Just Policing“ – dem Einsatz polizeilicher Maßnahmen anstelle von militärischem Eingreifen auf globaler Ebene – in Auftrag gegeben habe. Auch entwickelt die Landeskirche Baden derzeit ein Szenario dazu, wie ein Ausstieg aus der Rüstungsindustrie konkret aussehen könnte.

Wiltrud Rösch-Metzler, Bundesvorsitzende der von pax christi, hob hervor, dass Papst Franziskus für die katholische Friedensbewegung ein wichtiger Bündnispartner im Einsatz für Gewaltfreiheit ist. Im April vergangenen Jahres fand eine große Tagung mit Pax Christi International zur Frage der biblischen Botschaft von der Gewaltfreiheit im Vatikan statt. Die Ergebnisse der Konferenz sind in die Botschaft des Papstes zum diesjährigen Weltfriedenstag: „Gewaltfreiheit – Stil einer Politik für den Frieden“ eingeflossen. In Deutschland jedoch weht der Friedensbewegung ein rauer Wind entgegen: Rösch-Metzler kritisierte, dass es Pläne des Verbands der Diözesen Deutschlands (VDD), das heißt auf der Ebene der deutschen Bischöfe, gibt, pax christi den Zuschuss ab 2018 zu streichen. pax christi fordert eine Fortschreibung des Bischofsworts „Gerechter Friede“ aus dem Jahr 2000. Der pax christi-Kongress „Gerechten Frieden weiterdenken“ in Rastatt 2015 sollte ein Beitrag dazu sein. Rösch-Metzler unterstützte insbesondere die Forderung des Manifests nach einer Stärkung der UNO und OSZE.

Simone Burger, Regionsgeschäftsführerin und Vorsitzende des DGB Kreisverbands München, kritisierte, dass die Frage der Ungleichheit im Manifest zu wenig behandelt werde. Den Gewerkschaften sei es z. B. wichtig, dass auch die Unternehmen gerecht Steuern zahlen. Im internationalen Kontext müsse auch diskutiert werden, was soziale Gerechtigkeit bedeute, dazu gehöre, so Burger, insbesondere der Zugang zu Wasser, Bildung und Gesundheit. Für die Einhaltung internationaler Gesetze und Normen brauche es Sanktionen und Durchsetzungsmechanismen.

Den Abschluss der Konferenz bildete ein **Friedensgebet der Religionen** am Sonntag, 19. Februar im EineWeltHaus München.

An der **Demonstration des „Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz“** in der Münchner Innenstadt nahmen am 18. Februar mehrere tausend Menschen teil – die VeranstalterInnen sprachen von knapp 4.000 – darunter auch einige pax christi-Mitglieder.